

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

6.8.1924 (No. 182)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B.: E. A. Seyfried, Karlsruhe

Bezugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwingender Weiterleitung und Kontrahentensfall der Abgabe fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Die Eisenbahn-Tarifpolitik

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit: In verschiedenen Mannheimer Zeitungen sind Angriffe auf die Tarifpolitik der Reichsbahn erhoben worden, die von unrichtigen Voraussetzungen und nicht ganz zutreffenden Folgerungen ausgehen und daher nicht unwidersprochen bleiben können.

Wenn in den Auslassungen die allgemeine Höhe der Frachten in Vergleich gesetzt wird mit den Kosten der Lebenshaltung, so ist dies abwegig. Denn die Reichsbahn als selbständiges wirtschaftliches Unternehmen kann sich beim Aufstellen ihrer Tarife, die doch ihre Selbstkosten decken sollen, nicht den Lebenshaltungskosten anpassen, sondern muß sich nach den Preisen richten, die sie für ihre wichtigsten Bedarfstoffe Kohle, Eisen, Baustoffe, Mehl, Kupfer, Holz, Textilien usw. zahlen muß. Die Preisziffern nach der neuesten Preisfestlegung betragen (1913 = 100):

| | für Kohle u. Eisen, Baustoffe u. Mehl | für Industrie, Textilien u. Holz |
|----------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| in Deutschland | 136,2 | 143,1 |
| in England | 169,47 | 144,7 |

Für Textilien ergibt sich sogar eine Mehzziffer von 200 für Einfuhrwaren von 163,2.

Die Weltkureierung beträgt heute noch:

| | |
|----------------------------|-----------|
| in den Vereinigten Staaten | 150 Proz. |
| in England | 165 Proz. |
| in der Schweiz | 178 Proz. |
| in Dänemark | 219 Proz. |
| in Schweden | 151 Proz. |

Die Eisenbahnfrachttarife liegen — auf das beförderte Tonnenkilometer errechnet — etwas über 60 Proz. über den Friedenshöhen. Welche Rolle die sachlichen Ausgaben im Haushalt der Reichsbahn spielen, zeigt ihre Verhältniszahl zu den Gesamtausgaben: im Frieden 52, heute 70 Proz., während die persönlichen Ausgabenanteile von 48 auf 30 Proz. zurückgegangen sind. Welches Unternehmen kann heute seine Preise ausschließlich nach dem Lebenshaltungsindex kalkulieren?

Die Einführung der Seehafenausnahmetarife kann nicht einseitig vom Standpunkt der Rheinschiffahrt und Binnenumschlagplätze betrachtet werden, denn es gibt außer diesen gewiß beachtenswerten Wirtschaftsunternehmen noch andere Wirtschaftsfaktoren, die ebenfalls in Not sind; darunter vor allem die Reichsbahn selbst. Die Seehafentarife mußten im allgemeinen deutsche Wirtschaftsinteressen gefährden werden und sollen insbesondere den dringendsten Bedürfnissen des deutschen Einfuhr- und Ausfuhrhandels genügen, der ein altes Anrecht darauf hat, seine Güter wie früher über deutsche Seehäfen ein- und auszuführen. Diese Häfen kämpfen schwer um ihren durch die Inflationsverhältnisse fremder Seehäfen gefährdeten Bestand. Soweit der Rheinweg durch die Seehafentarife wirklich beeinträchtigt wird, soll der Binnenschiffahrt gewiß durch Ausgleichstarife geholfen werden, die, soweit typische Rheingüter in Betracht kommen, zurzeit auch bereits vorbereitet werden. Aber den erheblichen Unterschied in den Preisen zwischen Ruhrkohle und oberpfälzischer Kohle mit ihren Frachten auszugleichen, kann füglich von der Reichsbahn doch nicht verlangt werden. Der Ausnahmetarif 44 (Rheinumschlag) der in dieser Hinsicht als ungenügend bezeichnet wird, ist ein Durchfuhrtarif, also kein reiner Ausgleichstarif gegen die im allgemeinen als Aus- und Einfuhrtarife eingerichteten Seehafentarife. Er sieht deshalb, wie alle Durchfuhrtarife, ein Mindestmengenkontingent vor, das in 30 Kalendertagen — nicht mehr wie bisher in einem Kalendermonat — von einem Verfender nach allen in Betracht kommenden Übergangsstationen erreicht werden soll. Es sind nur 180 t Mindestmenge gefordert, wobei alle Güter des Ausnahmetarifs noch zusammengefaßt werden können, für einen Schiffsumschlag, der doch mit erheblichen Ladungen arbeitet, gewiß kein zu hoher Ansat. Diese Mindestmenge ist im Ausnahmetarif 44 viel geringer wie bei allen anderen Durchfuhrtarifen, dabei wird der Ausnahmetarif im Gegensatz zu den anderen derartigen Tarifen noch sofort im Abfertigungswege angewandt.

Die Behauptung, bis zum 10. Juni seien Getreidebeförderungen von Hamburg bis zur Schweizer Grenze auf 900 Kilometer absolut billiger befördert worden, als ab Mannheim auf 307 Kilometer, ist abwegig. Nach den Entfernungsangaben handelt es sich um die Verkehrs-

beziehungen Hamburg bzw. Mannheim—Konstanz. Der Frachttarif Hamburg—Konstanz nach Ausnahmetarif 42 Hauptklasse C beträgt 514 Mark. Im Ausnahmetarif 44 war Konstanz vor dem 10. Juni noch nicht aufgenommen; es war daher für Getreide ab Mannheim die regelrechte Klasse C mit einem Frachttarif von 260 Goldpfennig oder 348 Mark anzuwenden. Vom 10. Juni 1. Zs. beträgt diesen Frachttarif 257 Mark. Es liegt in den Selbstkosten der Eisenbahn und im Wesen des Staffeltarifs begründet, daß die tonnenkilometrische Einheit für 307 Kilometer höher sein muß als für 900 Kilom. Wenn etwa gewünscht werden sollte, daß auf 300 Kilom. zu den gleichen Einheitsfrachten wie auf 900 Kilom. gefahren werden soll, dann müßten eben die badischen Wirtschaftskreise zugunsten der Rheinschiffahrt auf der Staffeltarif verzichten, der in ihrem Belang so schwer erkämpft wurde.

Die Befürchtungen, daß die deutschen Seehäfen den Verkehr, der der Rheinschiffahrt zuliebe, vom Rhein abziehen, erscheinen doch stark übertrieben. Die Schweiz hat mit ihrer aufblühenden Rheinschiffahrt selbst das größte Interesse, diesen Schiffsverkehr zu heben. Etwa hier abwandernder Verkehr wird vorübergehend nicht den deutschen Seehäfen, sondern den linksrheinischen, durch die Frankensituation „außerordentlich rührig“ gewordenen Auslandsbahnen zufallen.

Das Verlangen, durch Ablauftarife die Inflationsfrachten auf der linken Rheinseite einzuholen, kann leider nach dem Übergang Basel nicht erfüllt werden. Die französische Inflation zeigt eine annähernd 4fache Entwertung, die französischen Frachten sind aber bis jetzt nur um 175 Prozent erhöht worden; sie einzuholen wäre für die Reichsbahn ein recht verlustbringendes Geschäft, ganz abgesehen davon, daß ein solches Vorgehen sofort Gegenmaßnahmen auslösen würde. Die Kaufkraft des französischen Franken ist, wie während der deutschen Inflationszeit bei der Mark, in Währungslande selbst natürlich größer als an der internationalen Börse, deshalb hat die Wettbewerbslinie einen Kaufkraftvorsprung. Dieser Inflationsvorteil wird umso größer, je länger die Inflationsstrecke ist. Für die Reichsbahn läge daher die Gefahr vor, in einem Frachtenwettlauf immer wieder unter die Selbstkosten zu geraten.

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat sich stets für die berechtigten Wünsche von Badens Handel und Industrie eingesetzt und wird es auch künftig stets und nachdrücklich tun.

Es ist aber zu beachten, daß sie die undankbare Aufgabe hat, die vielfachen, oft stark widerstrebenden Interessen der Wirtschaftskreise, die sich nicht nur seitens anderer Wirtschaftskreise des Reiches sondern sehr oft auch innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsvereinigungen des engeren Wirtschaftskreises in mehr oder minder heftigen Kämpfen gegenüberstellen, sachlich auszugleichen. Die Reichsbahn würde es sehr begrüßen, wenn ihr diese Aufgabe abgenommen und die Gegensätze durch die Wirtschaftsorganisationen selbst ausbalanciert werden könnten, bevor sie einzeln mit ihren Forderungen an sie herantreten.

Die Verfassungsfeier in Berlin

Die Reichsregierung veranstaltet am 11. August mittags 12 Uhr im Reichstagsgebäude eine offizielle Feier anlässlich des Verfassungstages. Die Hauptrede hält dabei Bürgermeister Dr. Petersen (Hamburg), der frühere Fraktionsführer der Demokraten im Reichstag. Eine Ansprache wird ferner Reichskanzler Marx halten, von dem man annimmt, daß er am 11. August bereits aus London zurückgekehrt sein wird. Für die Feier sind außerdem noch zwei Chorgesänge vorgesehen, die der Staats- und Domchor zum Vortrag bringen wird. Die Feier soll durch den gemeinsamen Gesang der ersten und dritten Strophe des Deutschlandliedes abgeschlossen werden.

Der Aufwertungsausschuß im Reichstag

wird in der kommenden Woche wieder zusammentreten, sofern die in seiner letzten Sitzung von ihm gewünschte Prüfung der einzelnen Anträge und Gesetzentwürfe zur Aufwertungsfrage durch die zuständigen Ministerien bis dahin beendet ist. Der Vorsitzende des Ausschusses, der deutsche nationale Abg. Dr. Steiniger, hat seinerseits den von dem Oberlandesgerichtspräsidenten A. Dr. West im Auftrage des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzbundes ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Aufwertungsfrage als Antrag angenommen und die beteiligten Ministerien um eine Prüfung ersucht. Der Vorschlag Wests beruht auf dem Grundsatz der Aufwertung und verlangt eine Aufwertung nach Trennung und Standen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Schuldners und des Pfandobjektes.

Die deutschen Vertreter in London

Die erste Vollsitzung

Die erste Begegnung zwischen der deutschen Delegation mit den Hauptdelegierten der alliierten Mächte hat am Dienstag in London stattgefunden. Sie hat sich in freundschaftlicher Form abgepielt. Von der deutschen Delegation haben an ihr u. a. teilgenommen: Reichskanzler Dr. Marx, Außenminister Dr. Stresemann, Finanzminister Dr. Luther, Staatssekretär und Reichspressechef, Ministerialdirektor Dr. Spieder.

Am Eingang des Sitzungssaales der Konferenz begrüßte der Premierminister Macdonald die deutsche Delegation, geleitete sie in den Saal in dem die meisten Delegationen schon versammelt waren und führte sie auf ihre Plätze im Sitzungssaal, wo die Tische zu einem Viereck gebildet waren. Dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister wurden die Plätze gegenüber dem englischen und französischen Ministerpräsidenten angewiesen. Unmittelbar nach der deutschen Delegation traf der französische Ministerpräsident Herriot und Peretti della Rocca ein und dann der belgische Ministerpräsident. Macdonald stellte die deutschen Hauptdelegierten den Delegationsführern der alliierten Mächte vor. Die Begrüßung zwischen dem Reichskanzler und Dr. Stresemann einerseits und Herriot, der den Platz zur Rechten des englischen Premierministers hatte, andererseits war von korrektester Höflichkeit.

Wenige Minuten nach 12 Uhr eröffnete Macdonald die Vollsitzung der Konferenz durch eine kurze Ansprache, die in amtlicher Übersetzung folgendermaßen lautet:

„Ich entbiete den Vertretern der deutschen Regierung, die hierher gekommen sind, um mit uns zu besprechen, wie der Bericht der Sachverständigen in Wirklichkeit gefest werden kann, einen Willkommenruß. Es liegt uns allen sehr am Herzen, daß die Verantwortlichkeiten, welche dieser Bericht uns auferlegt, abgeklärt werden. Nicht weil sie als jetztiert werden müssen, sondern weil der gemeinsame Wunsch besteht, eine ernsthafte und erfreuliche Anstrengung zu machen, Verpflichtungen zu erfüllen, unter welche Unterschriften gesetzt werden, und Unterschriften zu vollziehen nach Diskussionen, in welchen jede Partei in freier Weise gehört worden ist. Solche Abmachungen schließen sowohl moralische wie rechtliche Verpflichtungen in sich.“

Die verbündeten Regierungen haben miteinander beraten und sind zu gewissen Vereinbarungen gekommen, die sie der deutschen Regierung mitteilen und mit ihr diskutieren möchten, soweit diese Abmachungen die Zustimmung der deutschen Regierung erfordern.

Die Konferenz hat die ausschließliche Aufgabe, sich mit den aus der Anwendung des Sachverständigenberichts sich ergebenden Angelegenheiten zu befassen und auf diese Punkte muß ich als Vorsitzender der Konferenz ihren Aufgabenkreis beschränken.

Ich hoffe, daß wir in Ausübung des Willens zur gemeinsamen Arbeit und des Geistes der Kooperation schnell zu einer Einigung über die uns gestellten Aufgaben gelangen werden, die es erlaubt zu sagen, daß die Londoner Konferenz von 1924 einen erfolgreichen Versuch darstellt, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Regierungen Europas möglich zu machen.“

Unmittelbar darauf erhob sich der Reichskanzler, um einige Sätze des Dankes für die Begrüßungsworte des englischen Premierministers zu sagen. Der Reichskanzler wies darin auf die Wichtigkeit und die Bedeutung der Konferenz hin, von der die Zukunft ganz Europas abhängig sei. Die deutsche Regierung sei gewillt, an der Durchführung des Damesplanes im Geiste seiner Urheber zu wirken. Der deutsche Dolmetscher übersetzte die Ansprache des Reichskanzlers in die englische und französische Sprache.

Macdonald ging darauf zum geschäftlichen Teil der Vollsitzung über und stellte von vornherein fest, daß die erste Vollsitzung, an der die deutsche Delegation wenige Stunden nach ihrer Ankunft in London teilnehme, nur formellen Charakter haben könnte. Macdonald meinte, daß man heute in nähere sachliche Verhandlungen nicht eintreten könne, da die deutschen Delegierten sicherlich nach der langen Reise ermüdet sein würden. Macdonald überreichte dem Reichskanzler ein gedrucktes Dikt, das das Pariser Dokument und die bekannten Beschlüsse der drei Kommissionen auf der Londoner Konferenz enthält, und richtete darauf an ihn das Ersuchen, daß die deutsche Delegation möglichst bald, wenn es ginge, heute abend noch, und wenn sich dies nicht ermöglichen ließe, morgen ihre Einwendungen gegen die Beschlüsse der Kommissionen und ihre Gegenentwürfe schriftlich formuliere. Es wäre ganz unmittelbar darauf in sachliche Erörterungen einzutreten.

Im Anschluß daran plädierte Macdonald für ein rasches Ende der Verhandlungen. Es wäre sehr erwünscht, wenn sich dies so beschleunigen ließe, daß die Londoner Konferenz schon am Freitag oder wenigstens am Samstag mit einem gegenseitigen Abkommen geschlossen werden könne. Er für seine Person würde sich sehr freuen, wenn sich diese Hoffnung verwirklichte und wenn er am Sonntag nach Schottland auf seinen Urlaub gehen könnte.

Der Reichskanzler erwiderte, daß die deutsche Delegation gern bereit sei, das Ihre zu einem raschen Abschluß der Verhandlungen beizutragen, und stellte in Aussicht, daß die deutschen Einwendungen gegen die Vorschläge und Beschlüsse der Kommissionen sobald es möglich der Konferenz übermitteln würden.

Darauf schloß Macdonald die Vollsitzung. Sie hatte kaum 25 Minuten in Anspruch genommen.

Die Pläne für die Konferenz

WTB. London, 6. Aug. (Reuter.) Die Pläne für die Konferenz sind noch ziemlich unbestimmt. Wenn die Bemerkungen der Deutschen zu den alliierten Dokumenten heute früh fertig sind, wird wahrscheinlich vormittags oder nachmittags eine Vollziehung abgehalten werden. Es verlautet, daß die deutsche Delegation die Vorbereitung ihrer Bemerkungen so schnell wie nur möglich betreibt. Es ist schwer, voraus zu sagen, welches Verfahren eingeschlagen werde, wenn die Deutschen ihre Erwiderung eingereicht haben. Möglicherweise werden Ausschüsse gebildet. Vielleicht werden die Großen Sieben durch Hinzuziehung eines oder zweier Deutscher verstärkt werden. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß trotz des Wunsches aller Delegierten, mit der Konferenz am Freitag zu Ende zu kommen, dies doch wenig wahrscheinlich ist.

WTB. London, 6. Aug. Laut Times wird die Ansicht, daß die Konferenz mit Ende der Woche ihr Ende erreichen werde, für allzu optimistisch angesehen. — Wie das Blatt außerdem berichtet, ist der amerikanische Botschafter Doughton im Zusammenhang mit der Reparationskonferenz nach London gekommen. Daily Herald hebt hervor, daß von dem Ergebnis der Besprechungen über die militärische Räumung des Ruhrgebietes der Erfolg oder der Mißerfolg der Konferenz abhängen würde.

WTB. Newyork, 6. Aug. (Punktspruch.) Nach Telegrammen aus Washington gab Präsident Coolidge seiner Zufriedenheit über die Ergebnisse der Londoner Konferenz Ausdruck. Er sprach die Annahme aus, daß die Aussichten auf eine Regelung eine weitere Belebung der Geschäftslage mit sich bringen werde.

Das deutsche Memorandum

WTB. London, 6. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß das deutsche Memorandum, an dessen Entwurf bis in die Morgenstunden hinein gearbeitet wurde, heute Vormittag 10 Uhr dem Generalsekretär der Konferenz, Sir Maurice Hanley, überreicht wurde, der es dann bei der beabsichtigten Zusammenkunft der Großen 14 um 11.30 Uhr vorlegen werde. Es werde angenommen, daß die Bemerkungen der Deutschen sich zusammenfassen würden:

1. aus der Forderung beschleunigter wirtschaftlicher Räumung des Ruhrgebietes,
2. aus Einwänden gegen die Fortdauer der Sachlieferungen über die vertraglichen Zeitpunkte hinaus, desgleichen gegen die vorgesehene Verfahrensweise, das die neue Gesetzgebung notwendig mache,
3. aus Einwänden gegen die Anwesenheit alliierter Eisenbahner auf den Rheinisenbahnen und
4. aus dem Verlangen einer allgemeinen Amnestie für alle Gefangenen und Verbannten aus dem besetzten Gebiet mit Bürgschaft gegen spätere Verfolgung der Deutschen.

Ihre hauptsächlichsten Bemühungen würden sich auf die Erzielung einer baldigen militärischen Räumung des Ruhrgebietes konzentrieren, sowie auf die Aufgabe des französischen und belgischen Gedankens der Durchsetzung des Eisenbahnpersonals auf dem linken Rheinufer mit einer Anzahl alliierter Eisenbahner. In Deutschland werde die militärische Räumung des Ruhrgebietes als eine wesentliche Bedingung und Folge des Dawesplanes angesehen.

Englische und französische Pressestimmen

WTB. London, 5. Aug. Die „Times“ schreibt, die neue Phase der Londoner Konferenz beginne mit der Ankunft der deutschen Delegation. Nach langer Debatte sei eine Abereinbarung unter den Alliierten erzielt worden, unter denen der Dawesplan zur Durchführung gebracht werden solle. Es würde sicher besser gewesen sein, wenn weniger darüber debattiert worden wäre, und das am Samstag erzielte Abereinkommen nicht so klar die Merkmale eines Kompromisses trüge. Es sei das besondere Merkmal der deutschen Delegation, daß sie aus Männern bestehe, die in der Kriegsperiode im Leben Deutschlands viel erreicht hätten, indem sie auf der Grundlage der gegebenen Tatsachen handelten, statt ihre Lust zu Formeln und Theorien zu nehmen. Sie lernten die einander widerstrebenden Elemente ihres Vaterlandes und hätten es dahin gebracht, sie unter Kontrolle zu halten. Sie hätten sich aber auch eine bedeutende Kenntnis der Außenwelt erworben und wußten ziemlich genau, was möglich und was unmöglich sei. Vielleicht hätten sie immer noch ihre Illusionen. Dies sei möglich. Möglich sei auch, daß sie Fehler machen würden, aber es müsse ihnen auch klar sein, daß die baldmöglichste Anwendung des Dawesplanes im wohlwollendsten Interesse Deutschlands liege, und daß ein Abkommen der Alliierten zu diesem Zweck, wie es auch gefast sei, als ein Ganzes angenommen werden sollte, ohne unnötige Änderungen daran vorzunehmen.

Die Konferenz werde ihre Arbeiten getan haben, wenn sowohl die Franzosen als auch die Deutschen aus der Atmosphäre des Ruhrkonfliktes herauskommen würden. Es heiße, daß die Forderungen, die die Deutschen vorbringen wollten, sich hauptsächlich auf die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes und die Rückkehr der ausgewiesenen Gefangenen nach ihren Heimatorten im Ruhrgebiet und im Rheinland bezögen. Diese Forderungen seien logisch und berechtigt.

WTB. London, 6. Aug. Die heutige Morgenpresse, deren Interesse auch dem Scheitern der englisch-russischen Verhandlungen und der irischen Krise zugewandt ist, spielt in ihren Betrachtungen über die Reparationskonferenz den zuverlässigsten Eindruck wieder, den der Eintritt der deutschen Delegation in die Verhandlungen in der öffentlichen Meinung erzeugt. Die Blätter erwarten, daß das zweite Stadium der Konferenz kurz und erfolgreich sein werde. Das Eintreten des Reichskanzlers für den Dawesbericht wird besonders hervorgehoben. Seine Worte „den Weg zu Frieden und Freiheit“ finden große Beachtung.

In einem Leitartikel schreibt die „Times“, die früheren Zusammenkünfte zwischen den Alliierten und den deutschen Vertretern seien gescheitert; heute bestehe gute Aussicht, daß die augenblickliche Konferenz erfolgreich sein werde. Auf der gestrigen Vollziehung in der Downing Street seien keinerlei Meinungen bemerkt worden. Die Rede des deutschen Reichskanzlers habe sich durch großen Takt und eine klare unüberbrückliche Befähigung der Alliierten Deutschlands ausgezeichnet, die Bedingungen des Dawesplanes durchzuführen, wenn alle notwendigen beiderseitigen Abkommen abgeschlossen seien. Das zweite Stadium der Konferenz habe hoffnungsvoll begonnen. Nur ein unfahbarer Irrtum auf Seiten der deutschen Delegation könne sie jetzt noch zum Scheitern bringen; aber die Deutschen würden in voller Erkenntnis, daß Großes auf dem Spiele stehe, wohl kaum einen derartigen Fehler begehen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, das Hauptmerkmal der gestrigen Vollziehung sei der Takt und die Vorsicht gewesen. Der höfliche und persönliche Ton, den der Reichskanzler seiner Erwiderung auf die Eröffnungsansprache Macdonalds einschlug, habe bei allen Delegierten einen ausgezeichneten Eindruck gemacht.

WTB. Paris, 6. Aug. Zum ersten Auftreten der deutschen Delegation auf der Londoner Konferenz schreibt der „Matin“, die Antwort des Reichskanzlers sei erträglich gewesen. Die wichtigsten Worte darin seien, daß das deutsche Volk seine Freiheit wieder erlangen wolle und daß es seine schwierigen Ver-

pflichtungen nur erfüllen könne, wenn man seinen wirtschaftlichen Frieden wiederhergestellt habe. In wenigen Worten habe der Reichskanzler alles gesagt, was zu sagen gewesen sei. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt, aus der Rede des Reichskanzlers müsse ein Wort hervorgehoben werden: Deutschland akzeptiere den Sachverständigenbericht als eine für die Regelung der Reparationsfrage geeignete Grundlage, mit anderen Worten, Deutschland betrachte den Sachverständigenbericht als den Ausgangspunkt von Verhandlungen. Es sei von Wichtigkeit, diese Wendung zu unterstreichen und ins rechte Licht zu setzen, da sie sehr von der französischen Formel abstehe: „Annahme des Sachverständigenberichts ohne Vorbehalt und Willkür!“

Erklärungen Macdonalds im Unterhaus

Im englischen Unterhaus verlangte Lloyd George von Macdonald Mitteilung über die Stellung der englischen Regierung zu der Räumung des Ruhrgebietes und der Räumung des Kölner Gebietes und stellte eine Reihe weiterer Fragen.

In seiner Erwiderung führte Macdonald u. a. aus, er müsse als Vorsitzender der Konferenz mit größter Anstrengung darüber wachen, daß sich die Erörterungen nicht von dem eigentlichen Problem, der Anwendung des Dawesberichts, entfernten. Die Konferenz sei heute wieder in Anwesenheit der deutschen Vertreter zusammengetreten, denen alle Beschlüsse ohne jede Einschränkung überreicht worden seien. Sie seien aufgefordert worden, alle Punkte bekannt zu geben, zu denen sie Erklärungen wünschten, oder betreffs derer sie Sicherheiten haben wollten. Er habe die Empfindung, daß keine Frage ernster Natur aufgeworfen werde, die das Parlament in Anspruch nehmen müsse, und daß das Haus in folgedessen ruhig in die Ferien gehen könne. Macdonald versicherte, daß er nicht einwilligen würde, daß ein britischer Soldat auch nur einen Monat länger in Köln verbleiben werde, als es notwendig sei, um die England durch den Versailler Vertrag auferlegten Bedingungen erlich zu erfüllen. Er habe die leise Hoffnung, daß man vielleicht vor Abschluß dieser Woche genau sehen werde, welches die Aussichten der Konferenz seien. Sollte irgend eine ernste Gefahr bestehen, so werde er das Parlament zu Rate ziehen. Nach seinem Eindruck werde eine solche Lage nicht entstehen, auch habe er keineswegs den Eindruck, daß die Konferenz fehlschlagen werde. Was die wirtschaftliche und fiskalische Seite des Ruhrgebietes anbelange, so sei dies endgültig geregelt. Der von Kennern des Ruhrgebietes und Deutschlands entworfenen Vereinbarung sei von den Franzosen, Belgiern und von der ganzen Konferenz zugestimmt worden. Was die militärische Räumung des Ruhrgebietes betreffe, so hätten die Sachverständigen dazu keine Stellung genommen, weil dies nicht innerhalb ihrer Befugnisse liege. Sie hätten aber die Bedingungen darauf aufmerksam gemacht, daß bei Schaffung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit die militärische Besetzung einen Einfluß haben könne. Das sei nicht vergessen worden, und die französische Regierung habe sich vollkommen klar gemacht, daß sie zu keinem militärischen oder politischen Zweck ins Ruhrgebiet gehe, sondern lediglich weil Deutschland in Verzug geraten sei. Frankreich nehme den Dawesbericht und dessen neue Methoden zur Erhaltung von Reparationen an. Er, Macdonald, glaube nicht, daß trotz der Durchführung der französischen öffentlichen Meinung seitens gewisser Zeitungen, sie gegenüber den Verpflichtungen blind sei, die ihr jetzt durch die Erklärungen ihrer eigenen Regierung auferlegt worden seien. Eine endgültige Vereinbarung sei jedoch erst nach Beratung mit den deutschen Vertretern möglich.

Was die Kölner Frage betreffe, so glaube er, daß es besser wäre, vorsichtig zu sein, und die Frage der französischen Besetzung Kölns nicht mit der Frage der französischen Besetzung des Ruhrgebietes zu vermengen. Wenn England Köln räume, wer rüde dann an seine Stelle. Würde dann England seine Truppen einfach in einen anderen Teil des besetzten Gebietes überführen, das tatsächlich eine unteilbare Einheit darstelle. Alle diese Fragen müßten sorgfältig erwogen werden. Er sage das ohne Vorbehalt.

Politische Neuigkeiten

Ein Ehrenmal für unsere Toten

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben zum 8. August eine Kundgebung erlassen, in der es heißt: Die im gewaltigen Ringen unseres Volkes Gebliebenen sind nicht vergessen. Überall im deutschen Lande hat der pietätvolle Sinn der Bevölkerung zahlreiche Ehrenstätten und Ehrentempel den Gefallenen errichtet, die ihr durch die Gemeinschaft der Heimat, durch Beruf und Kameradschaft besonders nahe standen. Noch aber fehlt das Ehrenmal, welches das ganze deutsche Volk gemeinsam allen Gebliebenen schuldet. Deshalb rufen wir unsere Volksgenossen zur Sammlung für ein solches Denkmal auf, das in schlichter, würdiger Form aus freiwilligen Beiträgen geschaffen werden soll. Dieses Ehrenzeichen der Trauer um das Vergangene soll zugleich die Lebenskraft und den Freiheitswillen des deutschen Volkes verkörpern.

Dazu melden Berliner Blätter noch:

Der dem Aufruf zugrunde liegende Gedanke hat schon vor etwa zwei Jahren, bevor Inflation, Ruhrkampf usw. seine Verwirklichung hinstangehalten haben, die Öffentlichkeit beschäftigt. Es sind von privater Seite mehr oder minder brauchbare Vorschläge gemacht worden, in denen sich gewöhnlich auch der Gegensatz der politischen Anschauungen spiegelte und die deshalb dem angestrebten Zweck nur unvollkommen dienten. Die Absichten der Reichsregierung in bezug auf das zu schaffende Ehrenmal sind denn auch noch nicht ganz geklärt. So viel scheint aber festzustellen, daß man es vermeiden will, ein „Museumstück“ zu schaffen, und daß Berlin in erster Linie für die Aufnahme des Ehrenmals in Frage kommt. Die Fragen, die sich bei dem gegenwärtigen Stand ergeben, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Wie läßt sich am besten der Gedanke zum Ausdruck bringen, daß das Ehrenmal des deutschen Volkes nicht einer bestimmten Volksschicht, Volksbewegung, einer politischen Gruppe oder einem einzelnen Gedankenlangung dient, sondern tatsächlich als nationale Idee im besten Sinn von der Gesamtheit des Volkes empfunden werden muß?
2. Wie kann dieses Ehrenmal durch die Stelle, an der es errichtet wird und durch die Form, die man dafür wählt, einen zeitgemäßen, dem Weltverkehr und der Weltentwicklung entsprechenden Charakter tragen und so lebendig wirken und sich dem lebendigen Treiben des Alltags einfügen, ohne den zugrunde liegenden Gedanken eines Ehrenmals für die Toten einzubüßen?
3. Wie ist dieser Zweck zu erreichen, ohne daß auf der einen Seite ein dem volkstümlichen Verständnis unzugänglicher Symbolismus zur Anwendung gelangt, auf der anderen Seite Vorankendens nicht nachgeahmt wird?

4. Endlich ist die Frage zu beantworten, wann das Ehrenmal eingeweiht werden soll, wie die Sammlung zweckmäßig veranstaltet wird und welche Summe man für die Errichtung des geplanten Zweckes ins Auge gefaßt hat?

Die Pläne der Regierung befinden sich nach dieser Richtung im Stadium der Erwägungen.

Ein angeblicher Putschplan im Remelgebiet

Die von der litauischen Regierung ausgehaltene in deutscher Sprache erscheinende „Remelzeitung“ hat berichtet, daß ein geplanter Putsch der Remeldeutschen aufgedeckt worden sei. Dazu teilt das „Remeler Dampfboot“ mit, die Stichhaltigkeit der unläufigen Gerüchte könne erst an Hand einer eingehenden Untersuchung geprüft werden. Es dürfte sich dann herausstellen, daß kein einziger, eingeseffener, landständiger Remel-Länder an einer solchen Bewegung, wenn sie wirklich vorhanden gewesen sein sollte, beteiligt sei. Ganz unwahrscheinlich sei im besonderen das Gerücht, daß memelländische finanzkräftige Kreise hinter den Putschversuchen ständen. Es ist lediglich eine Versammlung junger Leute ausgesprochen worden, von denen anzunehmen sei, daß sie deutschnationalistischen Verbänden angehören. Etwa 17 von ihnen seien verhaftet worden, und außerdem soll auch belastendes Material beschlagnahmt worden sein. Infolge dieses Vorkommnisses sei auch eine Reihe Sausuchungen vorgenommen worden, so bei dem Vorliegenden des memelländischen Kulturbundes und bei einigen in Remel weilenden reichsdeutschen Persönlichkeiten.

Kurze Nachrichten

Zurückgenommene Ausweisungen. Der Regierung der Pfalz in Speyer ist eine neue Liste mit den Namen von 1100 Pfälzern zugegangen, deren Ausweisung von der Rheinlandschmittmission zurückgenommen worden ist. Es handelt sich fast ausschließlich um Bahmangestellte. Die Pfälzer Rundschau veröffentlicht heute die Liste.

Der Abbau Scheidemanns. Die Regierung in Cassel hat den Beschluß der Stadterordnetenversammlung auf Abbau des Oberbürgermeisters Scheidemann als ungeschiedlich und mit aufschwebender Wirkung beanstandet, da der Beschluß nicht mit der notwendigen Bestimmtheit erkennen ließ, ob die Stadterordneten die Stelle selbst, oder den Stellensinhaber abbauen wollten.

Abbruch der englisch-russischen Konferenz. Die englisch-russische Konferenz in London ist plötzlich abgebrochen worden, nachdem sich eine Einigung über die russischen Schulden nicht erzielen lassen.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Dr. Karlsruhe, 5. Aug. 1924.

Vorsitzung der Stabsberatung

Nachmittags wird zunächst der sozialdemokratische Antrag, betreffend das Verbot des Pfändens von Baddeuren außerhalb der badischen Landesgrenze, worüber Abg. Seubert (Str.) berichtet, einstimmig angenommen.

Das Haus setzt darauf die Aussprache über das Kultus- und Unterrichtswesen fort. (Die Tribüne weist wiederum eine starke Besetzung auf.)

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.Mil.) legt besonderes Gewicht auf die religiöse Erziehung der Jugend und redet einem angenehmen Verhältnis des Staates zur Kirche das Wort. Er begrüßt die angemessene Anordnung der Gemälde in der Badischen Kunsthalle, wendet sich gegen die einseitige Bevorzugung irgend einer Richtung bei Neuewerbungen und stellt für die Kunstpflege den Grundgedanken auf, daß sich das Wahre, Gute und Schöne in harmonischer Weise bereinigen müsse. Der Redner sagt des weiteren allen Persönlichkeiten herzlichen Dank, die durch namhafte Spenden die Aufzucht der Hochschulen unterstützt. Aber die nationale Bewegung auf unseren Universitäten freuten wir uns. Die Jugend braucht nicht nur wissenschaftliche, sondern auch national-politische Ideale.

In kritischen Bemerkungen über Dr. Gumbel verwirft der Redner vor allem die Art, wie dieser, das Andenken der Gefallenen „geehrt“ habe. Er spricht von Berberitäten, wie sie leider nicht selten und dazu nur in Deutschland vorzufinden. Dem Proletariat wolle niemand die Bildungsmöglichkeit verschließen; zu warnen sei aber vor dem Bildungshochmut. Der Forderung der Hochschullehrer für den Volkshochschulunterricht stimmen wir zu. Aber die Notwendigkeit des Universitätsstudiums gehen die Meinungen selbst von Autoritäten auseinander. Ein Volksvertreter, der auch die Frage der Auswirkung auf das Budget aufwirft, verdient darum keinen Tadel. Die Möglichkeit der privaten Fortbildung dürfe man bei Betrachtung der vorliegenden Frage nicht außer acht lassen. Wir sind für den Antrag Dr. Gumbel und wünschen ebenfalls, daß man sich bei einer gesetzlichen Regelung dem Vorgehen anderer Staaten anschließe.

Abg. Weber-Baden (D. W.) führt aus, daß unter dem Abbau der Bildungszweck nicht zu verstehen dürfe. Zu wünschen wäre die Wiedererrichtung des Orthopädischen Instituts in Freiburg. Der Redner befürdet seine Auffassung von Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft. Er begrüßt die Beibehaltung der Referentenstellen für den Zeichen- und Musikunterricht, sowie für die Leibesübungen. Wanderungen mit dem Ziel als Anschauungsunterricht und der Gesundheitsförderung der Jugend dürfen nicht als Zeitvergeudung angesehen werden.

Der Redner bewegt sich dann in allgemein schulpolitischen Ausführungen. Er freut sich über das Streben des Ministers, in den höheren und Mittelschulen das Geistige über das Materielle zu stellen, d. h. dem ethischen Erbe unserer Jugend in allen Schularien zu genügen. Dem Antrag Dr. Gumbel zur Lehrerbildungsfrage stimmen wir zu, wobei wir es begrüßen, daß die Regierung selbst eine Vorlage angefertigt hat.

Die neue Konferenzordnung werde wohl eine größere Freiheit des Lehrers in seiner Mitwirkung bei Schulangelegenheiten bringen. Bestrebungen, den gegenwärtigen Staat zu unterminieren, seien gerade der urteillosen Jugend gegenüber zu verwerfen. Daß in neuen Volkshochschulbüchern auch der großen geschichtlichen Vergangenheit Deutschlands gedacht wird, erfüllt uns mit lebhafter Genugtuung. Trotz der verhältnismäßig geringen Mittel sei auf dem Gebiete der Kunstpflege bereits Anerkennenswertes geleistet worden. Die Ausgestaltung der Badischen Kunsthalle und Sammlungen wolle vorbildlich und es wäre nur zu wünschen, daß diese Institute auch aus Karlsruhe selbst besser besucht würden. Das Landestheater wollen wir dem Lande erhalten, auch in harter Zeit, und wir sind bereit, der Erneuerung des Staatsvertrages mit der Stadt Karlsruhe zuzustimmen. Das Verhalten des Dr. Gumbel in Heidelberg war eine Verletzung der berechtigten Gefühle unseres Volkes. Auf der anderen Seite geht

es aber nicht an, die vom Abg. Haebler vorgetragene Dinge über den Geist an den höheren Schulen zu verallgemeinern. Wir bedauern die Parteinarbeit für die Schule und aus diesem Grunde auch die Tatsache, daß die Lehrerschaft in verschiedenen Vereinen organisiert ist. Dies fördert den Geist der Einigkeit gewiß nicht. Nichtsahnend für allen erzieherischen Erfolg ist nach wie vor die Zucht in der Schule.

Abg. Hoffmann (Dem.) wünscht, daß die Kirchen immer mehr dazu übergehen, ihre Steuergebarung freier und fruchtbarer zu gestalten und der Staat freiwillige Beiträge nur insoweit leistet, als sich auf der Gegenseite die finanzielle Unmöglichkeit ergibt. Das neue Volksschulgesetz soll in gewissem Sinne auch ein Hausbuch für die Erwachsenen sein. Die damit verbundene reiche Arbeit bedeute einen erfreulichen Fortschritt und biete die Gewähr, daß wir auf lange Zeit hinaus ein brauchbares Lebensbuch unser eigen nennen.

Der Redner zollt dem Karlsruhe'iger Galeriedirektor gleichfalls aufrichtige Worte der Anerkennung, speziell für die Veranstaltung von Ausbildungskursen für die Lehrer. Ein Auswahlsblatt für Baden ist es, daß unser kleines Land drei Hochschulen durchhalten konnte.

Der Redner bespricht dann eingehend schultechnische Fragen. Die heutige Organisation der Schulaufsicht sei eine bürokratische. Die Volksschullehrer wollen in den Kreisrichtern auch ihre treuen Berater sehen.

Vom Abbau sei kein Gebiet der Staatsverwaltung so hart betroffen worden, wie das der Volksschule. Dabei waren noch auf Anstellung: 76 Kandidaten vom Jahrgang 1921, 386 vom Jahrgang 1922, 341 vom Jahrgang 1923 und 183 vom Jahrgang 1924, ganz abgesehen von den Leuten, die sich noch in den Seminaren befinden und im Laufe der nächsten zwei Jahre zur Entlassung kommen. Wer erntet das Glend, das in den betreffenden Familien einkehren muß, wer zahlt die Unterhaltungsgebühren? Unhaltbar ist das Verhältnis der planmäßigen zu den nichtplanmäßigen Stellen. Der Antrag auf Umwandlung von 600 Stellen in etatmäßige bedürfe daher seiner weiteren Begründung.

Der Redner kommt schließlich auf die Frage der Lehrerbildung zu sprechen. Die Forderung des Hochschulstudiums datiert schon aus dem Jahre 1896, wo die große Versammlung des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins in Königsberg stattfand. Daß sich die Entwicklung in dieser Richtung vollzieht, liegt im Interesse unseres ganzen Volkes. Das Haus möge deshalb dem Antrag Dr. Gumbel beitreten.

Abg. Hoffmann (Dem.) vertritt in längeren Darlegungen die Auffassung, daß die breiten Massen von vornherein vom Wege zur Bildung, zur Wissenschaft ausgeschlossen seien. Das Niveau auf unseren Hochschulen entspreche ganz dem Niveau der bürgerlichen Gesellschaft. Der Begriff der freien Wissenschaft sei nirgends zu finden. Die Frage, wie die Hochschulausbildung der Lehrer ein. Auch er tritt für die Hochschulausbildung der Lehrer ein. Nur die Revolution werde dazu führen, alle im Volke schlummernden Kräfte zu wecken und für die Kultur nutzbar zu machen.

Zur Generaldebatte sind außer dem Minister noch vier Redner gemeldet.

Weiterberatung: Mittwoch vorm. 8 Uhr.
Schluß der Sitzung 8.15 Uhr.

K. Karlsruhe, 8. August.

In der fortgesetzten Generalausdebatte über die Kulturpolitik

entwickelt Abg. von Au den Standpunkt, des Landbundes. Der Erfolg des Wiederaufbaus hänge von der zeitigen und stichhaltigen Erneuerung unseres Volkes ab. Die Haupterziehungspflicht liege im Schoße der Familie und wir müßten uns gegen jeden Versuch wenden, der ihren Aufgabenkreis nach dieser Richtung beschneiden wolle. Nur auf solcher Grundlage könne sich unser Schulwesen bis hinauf zur Unversität aufbauen. Persönlich tritt der Redner für die Hochschulbildung ein, während seine Freunde auf anderem Boden stehen im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die sich für den Zugang zum Lehrerberuf vom flachen Lande ergeben. Es sei verfehlt, die Frage der Lehrerbildung so aufzugeben, als ob sie sich auf die Gehälter der mittleren Beamten auswirken müßte. Im Augenblick werde gar keine Mehrbelastung eintreten, später eine solche von jährlich 164 000 Mark. Es wäre zu bedauern, wenn die Politik in die Schule hineingetragen würde. Die Herzen der Kinder sollen nicht vergiftet werden, weder von nationalistischer, noch von marxistischer Seite. Wie sich das neue Lebensbuch bewährt, wird sich erst in der Praxis zeigen. Von den Lehrern insgesamt zu verlangen, daß sie überzeugte Anhänger des neuen Staates sind, geht nicht an. Wohl aber kann gefordert werden, daß sie sich auf den Boden des neuen Staates stellen und nicht gegen ihn arbeiten. Der Redner vertritt sich über allgemeine Unterrichts- und Erziehungsfragen, um sich schließlich dem Kulturbudget zuzuwenden. Es wäre erwünscht, daß die Kirchen sich auf eigene Füße stellen könnten. Unbefehdet der Rechtslage, habe aber der Staat die Verpflichtung, in Fällen der Not einzugreifen und das schiene gegenwärtig besonders bei der evangelischen Kirche der Fall zu sein.

Minister Dr. Hellpach

leitet seine Rede mit dem Hinweis ein, daß er zum ersten Male die Ehre habe, den Etat des Unterrichtsministeriums vor dem Landtag zu vertreten und dies in einer unangenehm schweren Zeit. Das Problem, wie das Existenzminimum an Weisheitspflege zu retten und zu erhalten sei, hat in den letzten Jahren alle verantwortlichen Persönlichkeiten ernstlich beschäftigt. Das Erziehungsgesetz war seinerzeit der Reichsregierung wie den Länderregierungen mit einer sogenannten Kulturklausel in die Hand gegeben worden. Trotzdem seien die Eingriffe beim Abbau tief genug. Es sei nicht so, als ob die Hochschulen im Laufe der Zeit unberührt blieben. Man habe an verfügbaren Mitteln hat das Maß desjenigen erreicht, was zur Aufrechterhaltung des Betriebs, des wissenschaftlichen Fortschritts und Lehre unbedingt erforderlich ist. Die Staatsaufwendungen seien bedeutend zurückgegangen. Eine Abkehr von der Volksschule eher möglich, wie bei den Unversitäten; denn wollte man hier einen Wallen herausnehmen, so müßte das ganze Gebäude zusammenstürzen.

Die beiläufige Bemerkung des Ministers, daß es heute dem Volksschullehrer besser ergehe, wie vor einem Jahrzehnt, löste im Hause ein lebhaftes „Hört, hört!“ aus.

Der Redner fährt fort: Wir haben ausgezeichnete Unversitäten, die Welt Ruf genießen. Schon aus diesem Grunde müßten wir uns beim Abbau Beschränkungen auferlegen und wir haben deshalb lediglich zur Wahrung der Erziehung mit dem 65. Lebensjahre gegreifen. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß, wollen wir hinsichtlich der Lehrkräfte mit den anderen Ländern konkurrieren, eine Heraushebung der Altersgrenze nötig sei. Eine große Gefahr für die Hochschulen bildet das außerordentliche Versagen des akademischen Nachwuchses — eine Folge der Kriegszeit. Der Minister erörtert dann die Möglichkeiten für die Verteilung der Ackerse. Das Prinzip der Berücksichtigung der badischen Landesländer bei Besetzung der Ämternstellen in Ehren, allein es kann auch nicht schaden, wenn ein reger Austausch zwischen den einzelnen Gliedstaaten stattfindet. Dies dürfte für die Heranziehung eines geeigneten akademischen Nachwuchses nur von

Nutzen sein. Den Pessimismus des Abg. Dr. Höhr in bezug auf die akademische Karriere praktischer Katholiken teile ich nicht. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß wir auf sehr raschem Wege sind, etwaige Unbilligkeiten von früher gehörig zu revidieren. (Zurufe im Zentrum: Wir wollen Taten sehen!).

Der Redner kommt weiterhin auf die materielle Not der Forschung zu sprechen. Zur Ehre der deutschen Industrie und Finanz sei es gesagt, daß sie in selbstloser Weise Hilfe leistete, ohne den geringsten Versuch zu machen, in den inneren Betrieb der Hochschulen einzugreifen. Was wollen die wenigen Titelverleihungen bedeuten gegenüber dem Nachgeben von Einflüssen, sofern sich solche geltend gemacht hätten. Zu beklagen ist die Volkstrennung des Hochschulwesens.

Der Minister legt dann dar, daß auch der Hochschulprofessor als Beamter dem Staat vital verbunden sei. Er habe sich die Grenzen der Verantwortlichkeit klar zu machen, die er nicht überschreiten darf, weder im Ton, noch in der Art seines öffentlichen Auftretens und Kampfes. Er müsse dies umso mehr tun, als er im größten Teil seines öffentlichen Auftretens vor der Jugend steht, die ihrer Natur nach radikal ist. Es kann nun nicht Sache der Asten sein, diesen Radikalismus aufzuweichen. Vielmehr gehören Wahrung und Mahnung zur Befonnenheit zu den Aufgaben der Hochschullehrer und Eltern.

Der Redner bespricht ferner die Angelegenheit des kürzlichen Studentensommeres in Karlsruhe und rechtfertigt seine öffentliche Teilnahmeabgabe mit der Tatsache, daß dort Beamte des Staates vor unmögliche Situationen gestellt worden wären.

Die völlige Korrektheit seines Vorgehens im Falle Dr. Gumbel legt der Minister dar.

Er besprach des längeren die Entwicklung der Angelegenheit und erklärte, die Äußerungen Gumbels von dem „Helde der Unehre“ seien menschlich unerschuldig. Dr. Hellpach verlas dann die neuerliche Erklärung Gumbels an den Senat der Unversität Heidelberg, welche lautet:

„Ich fürchte, daß in dem Protokoll des Untersuchungsausschusses meine eigene Stellungnahme nicht mit der Klarheit durchgeleuchtet ist, die dieser für mich lebenswichtigen Sache entspricht. In meiner Erklärung war mir zweierlei bewußt, was ich hiermit ausdrücklich wiederholen möchte, erstens, daß der von mir gewählte unglückliche Ausdruck ein Produkt des Augenblicks war, auf keinerlei vorbedachter Formulierung oder Stillierung beruhte; zweitens, daß mir niemals, weder im Moment der Formulierung noch später der Gedanke gekommen ist, daß ich durch diesen Ausdruck die Gefühle aller derjenigen verletzt habe, welche nicht so wie ich den Krieg prinzipiell verneinen. Heute, wo ich sehe, wie sehr dieser unglückliche Ausdruck die Andersdenkenden verletzt hat, lege ich großes Gewicht darauf, ausdrücklich festzustellen, daß ich diesen Ausdruck von dem ersten Moment an, wo er Aufsehen erregt hat, bedauerte und heute noch bedauere.“

Indem ich hoffe, daß auch diese meine Erklärung meine eigene Stellungnahme zu dem Vorfall in unangenehmdeutiger Weise klargelagt ist, verbeide ich mich.“

Der Minister bemerkt hierzu, die Erklärung hätte 5 Tage früher kommen müssen. Das Unterrichtsministerium hat aber auf Grund dieser Erklärung beschlossen, die erfolgte Anordnung, daß Gumbel seiner Lehrtätigkeit in der Unversität Heidelberg enthoben sei, wieder aufzuheben. Das sonstige Verfahren gegen Dr. Gumbel nimmt aber seinen weiteren Fortgang.

Der Minister fährt sodann fort, daß die Rassestheorie der Rassenwissenschaftler Asinns sei, und bedauert, daß dieser bejammernswürdige Massenlump auch schon auf das sportliche Gebiet übergegriffen hat. Die Sorge für die körperliche Erziehung der Jugend liegt uns allen am Herzen und fördert nicht hier zweifellos die sportliche Betätigung. Doch ist nicht zu leugnen, daß da und dort eine Sportfregerei sich breit macht, geeignet, den Schulbetrieb aufs schwerste zu gefährden.

Scharf wendet sich der Minister gegen studentische Unsitte und geheimbündlerische Treiben. Er stellt fest, daß die Examen der Gegenwart einen Tiefstand ausweisen, wie wir es seit Menschengedenken nicht erlebt haben. (Hört, hört!) Dem Hochschullehrer obliegt also eine gewaltige Erziehungsaufgabe. — Für eine Verstaatlichung der Hochschulen sei er, der Minister, nie zu haben. Diese müßten aber alles tun, damit sich keine Widerstände gegen die Autonomie erheben. Der Übergang an den Staat führe nicht in allem zum Guten. (Sehr richtig!) Zu wünschen wäre ein harmonisches Zusammenwirken zwischen Schule und Haus. Es soll kein Zweifel darüber bestehen, daß wir jedes Gemeinwesen politischer Zustimmungen in die Schule einschließen werurteilen und bekämpfen werden. Hierbei muß die Elternschaft mitwirken, eingedenk ihrer erhöhten Erziehungspflicht in so vermehrten Zeiten. Nächstens wird zwischen Lehrerschaft, Ministerium und Hochschulprofessoren eine Besprechung darüber stattfinden, wie eine allgemeine Vertiefung der fachlichen Willens- und Charakterbildung, sowie eine maßvolle Indienststellung der körperlichen Erziehung in den Schulbetrieb erfolgen kann. Der Minister verbreitet sich zum Schluß in hochinteressanter Weise über die Bildungsmöglichkeiten und Schulformen, wobei er besonders Gewicht auf den Ausbau der Oberrealschule, die Ausgestaltung der Oberstufe der Volksschule und eine gute Fachbildung legt, ohne den hohen Wert des religiösen und ethischen Erziehungsmoments zu verkennen.

Der Redner dankt allen Personen, die zum neuen Lebensbuch beigetragen haben, namentlich dem Oberlehrer Seiffert in Freiburg.

Nun ein kurzes Wort zur Frage der Lehrerbildung. Ich halte die Konformität mit dem größten Nachbarstaate Preußen für ein Wesentliches. Die traffe Not der evang. Landeskirche bildet den Gegenstand einer Staatsministerialentscheidung.

Abgesehen sei der Standpunkt, das Landesstudium zu einem privaten Unternehmen zu machen. Es müßte als Kulturstätte unbedingt dem Lande erhalten bleiben.

Der Minister leitet damit auf das Gebiet der Kunstpflege über und gedenkt mit Worten größter Hochachtung unseres Altmeisters Hans Thoma. Er schloß mit der Versicherung, daß das Ministerium alle seine Kräfte darauf richten wird, daß die Schule das bleibt, was sie sein soll: nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, nämlich der Wegweiser fürs Leben (Beifall auf allen Seiten).

Justizminister Trunt

äußert sich im Anschluß an den Antrag Dr. Höhr über die derzeitigen strafrechtlichen Bestimmungen betr. Das Duell.

In der Literatur besteht ein Meinungsstreit darüber, ob die studentischen Schlägermenzuren unter das Strafgesetz fallen. Eine Plenarentscheidung des Reichsgerichts hat die Strafverfolgung beinträchtigt. Nach einer Darlegung der verschiedenen Rechtsansichtungen über den Zweikampf sagt der Minister zu, im Falle der Annahme des Antrages Dr. Höhr die Staatsanwaltschaften auf jene Plenarentscheidung

hinzuweisen, damit sie im Rahmen derselben ihre Maßnahmen treffen.

Abg. Fr. Meyerle (Ztr.) behandelt an Hand des neuen Lehrplanes die bestmöglichen Methoden, um das pädagogische Ziel der Volksschule zu erreichen.

Abg. Graf (Soz.) führt aus, es sei falsch, bei der Volksschule angesichts der völlig veränderten Verhältnisse den Maßstab von 1914 anlegen zu wollen. Die Volksschulkinder kämen heute in einem körperlichen Zustand in die Schule, der auch auf ihre geistige Verfassung ungünstig einwirken muß. Die Volksschule dürfe nicht eine Armelehre sein. Sie habe vielmehr als Grundlage für Alle zu dienen. Das Hochschulstudium der Volksschullehrer entspreche einem dringenden Bedürfnis. Bei der stofflichen Überlastung der Fach- und Handelschulen hätte man nicht noch den obligatorischen Religionsunterricht einführen sollen, zumal auch Mangel an Lehrkräften bestehe. Der Redner trägt spezielle Wünsche in bezug auf die Forzhheimer Kunstgewerbeschule vor. Die handwerksmäßig vorgebildeten Fachlehrer seien ein wichtiger Faktor und verdienen eine angemessene Behandlung. Abgeordneter Graf schließt: Wir verlangen keine einseitige Verhimmelung der Republik; was wir aber verlangen müssen, ist Loyalität gegenüber dem heutigen Staat. Wir können nicht dulden, daß in Gegenwart von Volkserziehern in unqualifizierter Weise über die Regierung hergezogen wird, wie es jüngst in einer Versammlung zu Forzhelm geschah.

Nach kurzen Bemerkungen des Ministerialrats Dr. Schwörer verlag das Haus die Weiterberatung auf nachmittags 1/2 4 Uhr. Schluß 1 Uhr.

Im Haushaltsausschuß des Landtages

gelangte gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Volksparteier und des Landbundes ein sozialdemokratischer Antrag zur Annahme, demzufolge die Reichsregierung ersucht werden soll, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren, sobald die übrigen Hauptindustriestaaten dies getan haben. Sollte dies in absehbarer Zeit nicht geschehen, so sei die Verzögerung vom 21. Dez. 1923 aufzuheben und die Arbeitszeit im Sinne des Washingtoner Abkommens gesetzlich zu regeln.

Der Ausschuß beschäftigte sich auch mit Steuerfragen und beschloß, die Regierung möge eine Prüfung über folgende Punkte anstellen: Verteilung und Erhebung der Grundsteuer nach dem Ertragswert, Zusammenfassung der Einkommens-, Vermögens- und Umsatzsteuer, zu einer einheitlichen Steuer bei den kleinen und mittleren Betrieben und weitere Erleichterungen für die Leistung der Umsatzsteuer. Das Ergebnis der Prüfung soll alsbald dem Landtag oder dem Landständischen Ausschuß vorgelegt werden. Auch wurde ein Zentrumsantrag angenommen, auf Anwendung des Härteparagraphen, sofern bei einzeln geschätzten Grundstücken die Steuer höher ist als die Ertragsmöglichkeit.

Der Eisenbahnverkehr am Verfassungstag

Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit:

Am 11. August, der in Baden im Verordnungsweg als Feiertag erklärt ist, verkehren die Arbeiterzüge im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe nicht. An diesem Tag werden in Baden Sonntagsrückfahrkarten ausgeben. Die Ausgabe der Sonntagsfahrkarten bleibt jedoch auf solche nach Stationen des Bezirks der Reichsbahndirektion Karlsruhe, der badischen Privatbahnen sowie nach den auf badischem Gebiet gelegenen Stationen des Bezirks Mainz beschränkt. Die Gültigkeit der am 9. und 10. August nach den vorstehend genannten Stationen gelösten Sonntagsrückfahrkarten wird bis zum 11. August erstreckt. Am 9. August gelöste Sonntagsrückfahrkarten gelten an diesem Tag jedoch nur zur Einfahrt. Nach Maßgabe der Tarifbestimmungen wird die Gültigkeit der am 9. und 10. August gelösten Arbeiter- und Schüler-rückfahrkarten bis zum 11. August erstreckt. Die Sonn- und Feiertagszüge (Ausflugszüge) werden am 11. August im allgemeinen nicht geführt, weil sie für diesen Tag nicht veröffentlicht sind.

Falschgeld

In letzter Zeit sind wiederholt gefälschte Notgeldscheine der Deutschen Reichsbahn zu 21 Mark Gold = 5 Dollar vom 7. November 1923 aufgetaucht. Die Merkmale der Fälschung sind: Das Papier ist schokoladefarbig; der Aufdruck etwas verschwommen; die Ornamente in den 4 Ecken sind zum Teil undeutlich und nicht scharf ausgeprägt. Das Wasserzeichen ist durch Aufkleben eines mit weissen Streifen versehenen Unterlage auf den gedruckten Schein täuschend nachgemacht. Der gefälschte Schein besteht somit aus 2 Stücken.

Kommunale Rundschau

Der Voranschlag der Stadt Lahr für 1924 sieht an Ausgaben 1 096 000 Mark vor, an Einnahmen 708 000 Mark. Der Fehlbetrag muß durch Steuern gedeckt werden, und zwar schlägt der Stadtrat vor, 60 Pfennig von 100 Mark Steuerwert des Liegenschaftsvermögens sowie 75 Pfennig von 100 Mark Steuerwert des Betriebsvermögens. Von den früheren Lahrer Stadtanleihen, die im Jahre 1923 zur Rückzahlung gekündigt wurden, stehen noch Schuldverschreibungen im Betrage von 2 713 000 Mark aus. Eine Aufwertung kommt nicht in Frage.

Der städtische Voranschlag von Furtwangen. Die letzte Bürgerausschussung in Furtwangen beriet über die Feststellung des Haushaltsplanes für 1924/25. Der Voranschlag sieht an Ausgaben 333 196 Goldmark, an Einnahmen 240 956 Goldmark vor. Der zu deckende Fehlbetrag beläuft sich somit auf 92 240 Goldmark. Zur Deckung dieses Betrages soll eine Umlage erst endgültig festgesetzt werden, wenn die durch das Finanzamt vorzunehmende neue Veranlagung vorliegt. Bis dahin wird zur Beschaffung der zunächst notwendigen Mittel eine vorläufige Umlage von 52 Pfennig von je 100 Mark Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens aufgelegt.

Bei der Bürgermeisterwahl in Obersüßingen am Sonntag erhielt Kaufmann Kohlbrener die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen und ist somit zum Bürgermeister gewählt.

Der städtische Voranschlag von Stadach wurde in längerer Sitzung am Samstag vom Bürgerausschuß durchberaten und genehmigt. Gleichzeitig wurde die Erhebung einer vorläufigen Umlage von 70 Pf. auf 100 M. Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens gutgeheißen.

Verfassungstag. Der Oberrat der Israeliten hat angeordnet, daß in den Synagogen des Landes anlässlich des Verfassungstages ein Gottesdienst abgehalten und dabei auf die Bedeutung des Tages hingewiesen werden soll.

Aus der Landeshauptstadt

Die Gloden der Christus- und Lutherkirche. Nachdem die neuen Bronze-gloden der Christus- u. Lutherkirche hier mit den Tönen d-des-g-a-c-es-ges (vermindertes Septimalcord) und den Gewichten von 5975 kg u. 7664 kg nun seit einiger Zeit im Gebrauche sind, können sich die Kirchengemeinden selbst auch ein Urteil über deren Klangwirkung bilden. Es sind da nach allgemeiner Ansicht zwei Werke gelungen, die volle Anerkennung verdienen. Die verlangten Töne sind scharf getroffen, der Wohlklang und die Weichheit der einzelnen Gloden und der ganzen Geläute wird rühmend gelobt, so daß selbst die nächste Nachbarschaft das Läuten als erhebend weckende Musik und nicht als lärmende Störung empfindet. Die hiesige Glodengießerei hat ihre Leistungsfähigkeit aufs neue bewiesen und die Stadt Karlsruhe darf sich dieser schönen Geläute erfreuen, welche die im Kriege abgegebenen zum mindesten voll ersetzen.

Die hiesige Schweizerkolonie feierte am 1. August in gewohnter Weise den Gründungstag der Eidgenossenschaft. Der festlich geschmückte Wiederholtsaal (Löwenrathen) war von Randelbeuten und Gästen gut besetzt. Nach herzlichen Begrüßungsworten des allberehnten und für die Sache unermüdeten Präsidenten des Unterhaltungsvereins **Wahler** wurde ein harmonisch zusammengestelltes Unterhaltungsprogramm abgewickelt, bestritten ausschließlich von Mitgliedern. Man hörte feinnige Deklamationen, flotte Musik- und Gesangsstücke und schaute gelungene turnerische Vorführungen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die wohlüberdachte und von echtem Schweizer Geist der Liebe und Treue getragene Festansprache des hochverdienten Ehrenmitgliedes **Graebener**. Die Rede klang aus in ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die teure Heimat, worauf aus voller Brust das Schweizer Nationallied „Nusst Du mein Vaterland“ gesungen wurde. Den Abschluß der schönen Feier bildete ein solennes Längchen.

Städt. Konzerthaus. Heute Mittwoch, morgen Donnerstag und Freitag finden die drei letzten Wiederholungen der erfolgreichen Operette „Madame Pompadour“ statt mit **Früh** Arco vom Metropolitantheater Berlin als Gast in der Titelrolle. — Da das Nofolo-Singpiel „Des Königs Nachbarin“ infolge anderer Dispositionen früher wie geplant vom Spielplan abgesetzt werden mußte, finden nochmals am Samstag, Sonntag und Montag Aufführungen des reizenden Wertes statt. Es spielt den „Friederichs Rex“ wieder **Früh** Melchior. — Die nächste Operettenneuheit betitelt sich „Der Fürst von Bapenheim“ von **Franz Arnold** und **Ernst Bach**, den Verfassern von „Die spanische Fliege“; die Musik ist von **Hugo Firsch**, dem Komponisten von „Die Scheidungsreise“. Es sei heute schon darauf hingewiesen, daß die diesjährige Spielzeit am Sonntag den 31. August endet.

Kurze Nachrichten aus Baden

Verein für das Deutschtum im Ausland. Wie wir vernehmen, ist das badische Staatsministerium dem Verein für das Deutschtum im Ausland als Mitglied beigetreten.

Von den bad. Hochschulen. Da bisher alle Versuche, für den auf Grund des Abgabegesetzes in den Ruhestand getretenen Professor für bürgerliches Recht in Heidelberg, **Geheimrat Endemann**, einen Nachfolger zu finden, fehlschlagen sind, wurde **Geheimrat Endemann** gebeten, für das Wintersemester die Vorlesungen wieder zu übernehmen.

DZ. Mannheim, 5. Aug. Der „Volkstimme“ zufolge hat die Firma **Ranz 70** Mann gestern ihre Kündigung gestellt. Wie die Firma dazu mittelteil, ist die Kündigung auf interne (Umstellungs-)Gründe zurückzuführen und nicht auf Kredit- und Absatzschwierigkeiten. Weitere Kündigungen sind nicht beabsichtigt.

DZ. Ettlingen, 5. Aug. Der 50 Jahre alte verch. Nachtwächter **Ernst Ganzhorn** mißbrauchte das Vertrauen, das man ihm als Wächter schenkte dazu, aus den Spinden der Arbeiter der Albtalbahn die verschiedensten Gegenstände zu stehlen. Als er auf frischer Tat ertappt wurde, versuchte er, sich selbst zu erschlagen. Nur mit großer Mühe gelang es, ihm die Waffe zu entreißen. **Ganzhorn** trank hierauf **Lysol** und starb unter entsetzlichen Schmerzen.

DZ. Baden-Baden, 6. Aug. Die Zahl der Kurgäste beträgt bis heute 43 508.

Offenburg, 2. Aug. Mit dem Schlußjahr nimmt auch Direktor **Dr. Mayer** von der höheren Lehrerschule von uns Abschied. **Mayer** ist im Anfang seiner Praktikantzeit im Jahre 1909 nach Offenburg gekommen und begann hier seine Tätigkeit an der damaligen Realschule. Ein weitblickender Kopf, der er war, hat er bald das Interesse der für die Schulbildung

in Frage kommenden Kreise auf sich gezogen, er wurde Professor an der hiesigen Höheren Mädchenschule und als deren Direktorposten frei wurde, wurde ihm diese übertragen. **Dr. Mayer** hat eine tüchtige Organisationsarbeit geleistet, dann aber auch in der von ihm geleiteten Schule durch die in langem Kampfe erreichte Frauenschule für die heranwachsende weibliche Jugend eine solide Grundlage für die praktische Lebensarbeit zu geben gewußt. **Mayer** war auch politisch tätig; er gehörte seit jungen Jahren dem Zentrum an und die Offenburg-Organisation berief ihn bald auf Vertrauensstellungen. Er wurde Stadtrat und, was er neben dem Schullehreramt der Stadt nützte, als die beiden Bürgermeister ausgewiesen waren, sei ihm dankbar gedacht.

DZ. Lössach, 4. Aug. Am vergangenen Freitag fand eine Besprechung von etwa 18 Vereinen statt, mit dem Ziel, den Bau einer Festhalle innerhalb 2 Jahren zu ermöglichen. Die Aussprache ergab das Bedürfnis nach einem Lokal für größere Veranstaltungen. Eine Schwierigkeit bildet zunächst noch die finanzielle Frage. Es wurde schließlich eine sieben-gliedrige Kommission gewählt, die versuchen soll, im Einvernehmen mit der Stadverwaltung, einen Grundstock für den Festhallenbau zu schaffen. Der Grundstock soll durch einen demnächst stattfindenden Festhallenwettbewerb der Sportvereine geschaffen werden.

DZ. Überlingen, 3. Aug. Auf dem Münsterplatz zwischen Chor und Rathaus werden dieser Tage die **Überlinger Münsterspiele** aufgeführt. Auch das „Tellspekt“ der Schweizer Bauern“ wird aufgeführt werden. Am Schluß des Münster-spiels wird das Tebeum gesungen werden, welches die Zuschauer mitbringen sollen.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

| | 6. August | | 5. August | |
|------------|-----------|--------|-----------|--------|
| | 100 G. | 100 M. | 100 G. | 100 M. |
| Amsterdam | 161.99 | 162.81 | 161.69 | 162.51 |
| Kopenhagen | 68.13 | 68.47 | 68.13 | 68.47 |
| Italien | 18.375 | 18.475 | 18.40 | 18.50 |
| London | 18.71 | 18.80 | 18.685 | 18.775 |
| Newyork | 4.19 | 4.21 | 4.19 | 4.21 |
| Paris | 23.19 | 23.31 | 22.64 | 22.76 |
| Schweiz | 79.10 | 79.40 | 78.80 | 79.20 |
| Wien | 5.92 | 5.94 | 5.92 | 5.94 |
| Brag | 12.40 | 12.46 | 12.44 | 12.50 |

Beim Postfachamt in Karlsruhe waren Ende Juli 89 299 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Postfahrdrechnungen sind in diesem Monat gebucht worden: 139 188 000 Rentenmark-Gutschriften, darunter 426 304 Einzahlungen mit Postkarte über 39 884 000 Rentenmark und 448 377 Ueberweisungen über 99 804 000 Rentenmark. Die Postfahrdrechnungen betragen 138 561 000 Rentenmark, darunter befinden sich 8 037 Kassenschecks über 3 766 000 Rentenmark, 1057 im Reichsbankpro- und Abrechnungswege beglichene Auszahlungen über 5 754 000 Rentenmark, 140 050 Zahlungsanweisungen über 19 928 000 Rentenmark und 493 029 Ueberweisungen über 109 116 000 Rentenmark. Der Gesamtumsatz im Monat Juli betrug hiernach 277 749 000 Rentenmark, davon wurden bargeldlos abgewickelt 214 674 000 Rentenmark oder 77,30 v. H. Der Gesamtumsatz der Kontoinhaber des Postfahrdamtes machte am Monatschluß 16 Millionen Mark aus.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Gemäß § 24 Absatz 1 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals (Gesetz- u. Verordnungsblatt Seite 491) wurden von den wahlberechtigten Ärzten des Bezirks gewählt zu ärztlichen Mitgliedern und Stellvertretern der ärztlichen Ehrengerichte in

1. Konstanz:

a) Mitglieder:
Dr. Weischedel in Konstanz, **Medizinalrat Dr. Stadler** in Singen, **Dr. Hall** in Donaueschingen, **Bezirksarzt Dr. Frey** in Badstätt;

b) Stellvertreter:
Dr. Wild in Konstanz, **Dr. Schenk** in Bollershausen, **Dr. Wintermantel** in St. Georgen, **Dr. O. Meyer** in Säckingen;

2. Freiburg:

a) Mitglieder:
Geheimrat Professor Dr. Hoche in Freiburg, **Dr. Schworer** in Freiburg, **Dr. Brauch** in Rahr, **Dr. Kerner** in Wehr;

b) Stellvertreter:
Professor Dr. Oberst in Freiburg, **Dr. Gaal** in Freiburg, **Medizinalrat Dr. Zimmermann** in Herbolzheim, **Dr. Blant** in Heitersheim;

3. Karlsruhe:

a) Mitglieder:
Dr. Claus in Pforzheim, **Dr. Leukler** in Durlach, **Dr. Schindler** in Baden, **Dr. Wunderlich** in Karlsruhe;

b) Stellvertreter:
Dr. Zuffall in Karlsruhe, **Dr. Selwing** in Durmersheim, **Dr. Straub** in Grödingen, **Dr. Krieger** in Langenbrücken;

4. Mannheim:

a) Mitglieder:
Medizinalrat Dr. Hanfer in Mannheim, **Professor Dr. Wilmanns** in Heidelberg, **Medizinalrat Dr. Braun** in Heidelberg, **Medizinalrat Dr. Bopp** in Tauberbischofsheim;

b) Stellvertreter:
Dr. Kiefer in Mannheim, **Dr. Perkus** in Mannheim, **Professor Dr. Gomburger** in Heidelberg, **Dr. Strubel** in Sandhausen.

Karlsruhe, den 1. August 1924.
Der Minister des Innern
K e m e l e

Die ärztlichen Ehrengerichte in Konstanz und Freiburg

Nach Anhörung der badischen Ärztkammer werden **Antmann Dr. Otto Mayer** zum stellvertretenden rechtskundigen Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts Konstanz, **Antmann Dr. Hoffmann** zum rechtskundigen Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts Freiburg und **Antmann Dr. Richter** zu dessen Stellvertreter ernannt.

Karlsruhe, den 1. August 1924.
Der Minister des Innern
K e m e l e

Der zwischen der abgeforderten Gemartung Ernstal und der Gemeinde Mörtschenhardt, Amtsbezirk Buchen, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeforderten Gemartung mit der Gemeinde Mörtschenhardt mit Wirkung vom 1. Januar 1925 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 2. August 1924.
Der Minister des Innern
K e m e l e

Staatsprüfung für den mittleren maschinen- und elektro-technischen Dienst

Die nachgenannten haben die im Juli 1924 abgehaltene Staatsprüfung für den maschinen- und elektrotechnischen Dienst bestanden und gemäß § 8 der Staatsministerialentscheidung vom 18. Februar 1922 angeordneten landesherrlichen Verordnung vom 3. Oktober 1903 die Bezeichnung „staatlich geprüfter Maschinenbaumeister“ erlangt.

Maschinen-technischer Dienst:

Andres, Hans Georg, aus Karlsruhe, **Bittmann**, Eugen Egon, aus Mannheim, **Böke**, Wilhelm, aus Offenburg, **Bromberg**, Julius, aus Ettlingen, **Fuchs**, Friedrich Max, aus Offenburg, **Ferzel**, Emil, aus Mühlhausen, **Hahn**, Otto, aus Karlsruhe, **Krafft**, Wolf Hans, aus Karlsruhe, **Kang**, August Rudolf, aus Offenburg, **Kang**, Friedrich, aus Döhlbronn, **Reichmann**, Richard Emil, aus Scheibenhart, **Richtersfeld**, Richard Ferdinand, aus Karlsruhe, **Maurer**, Albert Wilhelm, aus Offenburg, **Rotheis**, Anton, aus Bruchsal, **Ott**, Wilhelm Adam, aus Wachen, **Schaber**, Erwin August, aus Karlsruhe, **Stahls**, Willi Richard, aus Grödingen, **Sted**, Josef Hermann, aus Mosbach, **Stemmler**, August Friedrich, aus Springen, **Kraus**, Karl Friedrich, aus Oberbaldingen, **Wörner**, Wilhelm Anton, aus Durlach, **Birner**, Hans Ludwig, aus Fürtch i. Bayern.

Elektrotechnischer Dienst:

Blank, Hans Leopold, aus Karlsruhe, **Brandt**, Martin Karl, aus Illenau, **Brecht**, Julius, aus Reudorf, **Burkhardt**, Wilhelm Karl, aus Knittlingen, **Dauer**, Georg Rudolf, aus Rastatt, **Dorner**, Willi Adolf, aus Karlsruhe, **Dürer**, Karl Ludwig, aus Eggenstein, **Gamber**, Kurt, aus Mörtschenhardt, **Göpfel**, Josef, aus Duerbach, **Graf**, Rudolf Michael, aus Reudlingen, **Daas**, Alfons, aus Weiertheim, **Katenmayer**, Friedrich Georg, aus Göttingen, **Laub**, Josef Wilhelm, aus Karlsruhe, **Müller**, Karl Artur, aus Bruchsal, **Ragel**, Ludwig Wilhelm, aus Eggenstein, **Reicher**, Karl Nikolaus, aus Karlsruhe, **Sauer**, Karl, aus Durlach, **Salkmann**, Oskar August, aus Karlsruhe, **Walther**, Erwin, aus Stein, **Wöhinger**, Wilhelm, aus Auldingen, **Wendel**, Rudolf, aus Mannheim, **Willsbald**, Paul, aus Degernau.

Karlsruhe, den 2. August 1924.
Ministerium der Finanzen
J. W. : S a m e l t.

Jubiläums-Lotterie
(250. Staatslotterie)
110 000 Gewinne mit über 20 Mill. Renten-M.
Am 12. August läuft die Frist ab für die Abforderung der Lose zur neuen Klassenlotterie. Versäumen Sie daher nicht, sich die Spielteilnahme mit Ihrem bisherigen Los zu sichern. Einem allgemeinen Wunsche der Spieler entsprechend werden von jetzt ab wieder alle Gewinne einzeln gezogen wie früher.
Lose zur 1. Klasse bietet an:
1/1 24.— 1/2 12.— 1/4 6.— 1/8 3.— R.M.
Zwerg, badischer Lotterie-Einnehmer
Telephon 4828, Karlsruhe, Hebelstraße 11
Postcheckkonto 47808, D. 497

Passbilder für Reise und Bahnfahrten schnell und billig.
Photographisches Atelier **Rausch & Pester**
Erbprinzenstr. 3 D 485

Herrenstoffe
Herrentuchhaus
Herrenstraße 22

HERVORRAGEND SIND FORM UND GÜTE DER BAUBUND MÖBEL AM RONDE LLPLATZ
ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDR.-STR.
EIGENE VERKAUFSTELLEN:
KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 22
MANNHEIM-IM-SCHLOSS-RECHTER FLÜGEL
PFORZHEIM-THEATERSTRASSE 15
FREIBURG-METZGERAU 6
OFFENBURG-STEINSTR. 2
MOSBACH-HAUPTSTR. 12

Z. 205. Karlsruhe. Über die Firma „J. Fintelstein & Co.“ in Karlsruhe, Fabrikstraße 6, wurde die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses auf die Dauer von einem Monat angeordnet. Als Aufsichtsperson wurde **Ottmar Fische**, Kaufmann hier, Kaiserallee 24, ernannt.
Karlsruhe, 1. August 1924.
Gerichtsschreiber
Badischen Amtsgerichts A 3.

Z. 206. Karlsruhe. Über das Vermögen des Kaufmanns **Sally Rosenthal**, Engrosbau, Kurz- und Galanteriewaren, Karlsruhe, Kronenstr. 47, wurde heute am 29. Juli 1924, nachmittags 3 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der **Bücherrevisor Otto März** hier wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. August 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursord-

nung bezeichneten Gegenstände auf Freitag, den 29. August 1924, vormittags 11 Uhr, und zur Beibehaltung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 29. August 1924, vormittags 11 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerlegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. August 1924 Anzeige zu machen.
Karlsruhe, 29. Juli 1924.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A 4.

Güterrechts-Registrierung
Wolfsch. Z. 215
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 442. **Ferdinand Wier**, Schriftsteller und Verleger in Wolfsch, und Elisabeth geb. **Wallsch**, geb. **Wallsch**, Verleger vom 2. Juli 1924: Gütertrennung. **Wolfsch**, 5. August 1924. Amtsgericht.